

**59. GEMEINSAME SITZUNG
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION
UND DES STÄNDIGEN RATES**

1. Datum: Mittwoch, 1. Juli 2015

Beginn: 16.05 Uhr
Schluss: 17.45 Uhr

2. Vorsitz: Botschafterin S. Milačić (FSK) (Montenegro)
Botschafter V. Žugić (StR) (Serbien)

Vor Eintritt in die Tagesordnung bekundeten der Vorsitzende (StR), Luxemburg – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Monaco, Moldau und San Marino) (FSC-PC.DEL/2/15), der Heilige Stuhl, die Russische Föderation, die Türkei, Belarus, Kanada, die Vereinigten Staaten von Amerika, Aserbaidschan, Armenien, die Ukraine und die Parlamentarische Versammlung der OSZE Tunesien (Kooperationspartner) und Frankreich ihre Anteilnahme im Zusammenhang mit den jüngsten Terroranschlägen in diesen Ländern.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **REGIONALE DYNAMIK DES ILLEGALEN
WAFFENHANDELS UNTER DEM BLICKWINKEL
DER GRENZSICHERUNG IM MITTELMEERRAUM**

Vorträge von E. Sánchez Merchán, Innenministerium von Spanien, und von Q. Hanlon, Präsidentin und Exekutivdirektorin der Strategic Capacity Group: Vorsitz (FSK), E. Sánchez Merchán, Q. Hanlon, Luxemburg – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; dem Mitglied des

Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Land Norwegen; sowie mit Armenien, Georgien, Moldau, Monaco und der Ukraine) (FSC-PC.DEL/1/15/Rev.1), Schweiz (Anhang 1), Türkei, Italien (Anhang 2), Russische Föderation, Vereinigte Staaten von Amerika, Vorsitz des informellen SALW-Freundeskreises (Spanien)

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 13. Juli 2015, 11.00 Uhr im Neuen Saal



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation
Ständiger Rat

FSC-PC.JOUR/46
1 July 2015
Annex 1

GERMAN
Original: ENGLISH

59. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR
FSK-StR-Journal Nr. 46, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER SCHWEIZ

Sehr geehrte Vorsitzende,
verehrte Vortragende,
Exzellenzen, werte Kolleginnen und Kollegen,

die Schweiz heißt Esteban Sánchez Merchán vom spanischen Außenministerium und Dr. Querine Hanlon, Präsidentin und Exekutivdirektorin der *Strategic Capacity Group*, in der heutigen gemeinsamen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) und des Ständigen Rates (StR) herzlich willkommen.

Die beiden Vorträge der verehrten Gastredner kommen mit ihren Denkanstößen zur rechten Zeit und sind uns sehr willkommen, da sie einige Sicherheitsdialoge zum selben Thema aufgreifen. Abgehalten wurden diese Dialoge von früheren FSK-Vorsitzen, im Rahmen einer vom monegasischen FSK-Vorsitz und vom Schweizer OSZE-Vorsitz Ende 2014 veranstalteten gemeinsamen Sitzung des FSK und des StR und anlässlich der ersten Konferenz über die Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen im OSZE-Raum, die 2013 von der OSZE gemeinsam mit INTERPOL, dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC) und dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) organisiert wurde. Auch im Rahmen der seit letztem Jahr regelmäßig stattfindenden sowie regionalen Seminare im Anschluss an diese Konferenz wurden diese Dialoge gepflegt.

Die OSZE verfügt über bewährte Instrumente zur Bewältigung von Herausforderungen im Zusammenhang mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA). Die Unterstützungsmechanismen für SALW und SCA sind praktische und effiziente Verfahren zur Erhöhung von Stabilität und Sicherheit.

Als neutraler paktungebundener Staat hat die Schweiz ein grundlegendes Interesse daran, dass in den internationalen Beziehungen die Einhaltung des Völkerrechts Vorrang vor militärischer Gewalt hat. Daher ist die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der Schweiz ein zentraler Pfeiler ihrer Sicherheitspolitik. Eine der Prioritäten unseres Landes in diesem Bereich ist die Bekämpfung des illegalen Waffenhandels. Auf dem Gebiet der Kleinwaffen und leichten Waffen verfolgt die Schweiz eine zweifache Politik: Einerseits bekennen wir uns

zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen, andererseits unterstützen wir alle Maßnahmen, mit denen verhindert werden soll, dass Kleinwaffen und leichte Waffen in die Hände bestimmter Gruppen in Regionen geraten, in denen Spannungen und Unruhe herrschen.

Die Schweiz ist besorgt darüber, dass sich in der Mittelmeerregion aufgrund der jüngsten Entwicklungen im Maghreb und im Nahen Osten die Risiken, die sich aus dem illegalen Handel mit Waffen und der dazugehörigen Munition ergeben, erhöht haben. Die unkontrollierte Verbreitung von Waffen ist eine ernstzunehmende Bedrohung für die menschliche Sicherheit; durch sie intensivieren und verlängern sich bewaffnete Konflikte, hauptsächlich jene innerstaatlicher Natur. Sie behindert die Leistung erster Hilfe an jene, die sie am dringendsten benötigen, und begünstigt organisierte Kriminalität und Terrorbewegungen.

Die Schweiz begrüßt daher die Initiative der Vereinigten Staaten, Hilfestellung für die Kooperationspartner der OSZE unter Verwendung der in den OSZE-Dokumenten über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition skizzierten Verfahren zu ermöglichen. Wir hoffen, dass wir zur rechten Zeit im FSK den nötigen Konsens erzielen werden.

Die Schweiz ist bereit, Projekte vor Ort, die auf Bedrohungen durch SALW und SCA in der Mittelmeerregion eingehen, mit Wort und Tat zu unterstützen.

Um im Kampf gegen den illegalen Waffenhandel größtmögliche Effizienz zu erzielen, muss nach Synergien zwischen der OSZE und anderen regionalen und internationalen Organisationen gesucht werden, und die verschiedenen Instrumente müssen aufeinander abgestimmt und einander ergänzend eingesetzt werden, um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Die Schweiz war einer der ersten Unterzeichnerstaaten des Waffenhandelsvertrags und hat dieses Übereinkommen auf nationaler Ebene ratifiziert.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Wir ersuchen höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.



Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation
Ständiger Rat

FSC-PC.JOUR/46
1 July 2015
Annex 2

GERMAN
Original: ENGLISH

59. Gemeinsame Sitzung des FSK und des StR
FSK-StR-Journal Nr. 46, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION ITALIENS

Frau Vorsitzende,
verehrte Vortragende,
verehrte Delegierte,

ich möchte zu Beginn im Namen Italiens dem montenegrinischen und dem serbischen Vorsitz für die Einberufung dieser Gemeinsamen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) und des Ständigen Rates (StR), die dem illegalen Waffenhandel im Mittelmeerraum gewidmet ist, aufrichtig danken. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die in Bosnien und Herzegowina abgehaltene bahnbrechende Mittelmeerkonferenz der OSZE von 2014 über den illegalen Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen und Terrorismusbekämpfung im Mittelmeerraum verweisen.

Zuerst möchte ich bekräftigen, dass sich Italien nach wie vor zu einer aktiven Teilnahme an den multilateralen Bemühungen um Eindämmung des illegalen Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) bekennt, wobei besonders auf diese Organisation, die Vereinten Nationen und die G7 verwiesen werden soll. Die Resolution 2220 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, die erst vor einem Monat verabschiedet wurde, ist die letzte der vielen Resolutionen zum Thema SALW. Sie betont klar und deutlich die Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit durch den destabilisierenden Umlauf dieser Waffen.

Italien ist der Ansicht, dass sich bei den OSZE-Teilnehmerstaaten nach und nach ein Kern an gemeinsamen Auffassungen und vorbildlichen Praktiken herausgebildet hat, der bei der Herbeiführung eines Konsenses auf globaler Ebene von großem Nutzen sein könnte. Daraus ergibt sich die entscheidende Rolle regionaler und subregionaler Organisationen, was ebenfalls in dieser Resolution betont wird.

Ferner begrüßt Italien die Verabschiedung der Resolution 2195 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen betreffend den Kampf gegen grenzüberschreitende Bedrohungen einschließlich des Terrorismus, der organisierten Kriminalität und des Handels mit Waffen.

Frau Vorsitzende,

der Mittelmeerraum ist insbesondere an seinem Südrand nach wie vor von bewaffneter Gewalt betroffen, die vom illegalen Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen gefördert wird. In Italien laufen viele der Handelswege zusammen, die die gesamte Region durchziehen, von denen die meisten auch von Organisationen der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität benutzt werden, um Drogen und Menschen zu schmuggeln. Mit großer Sorge erleben wir die Verbreitung konventioneller Waffen, die aus den Arsenalen des früheren libyschen Regimes stammen. Sie hat in großem Maße zur Destabilisierung von Mali beigetragen und bedroht die Sicherheit in vielen Nachbarländern in Nordafrika, in der Sahelzone und im Nahen Osten.

Derzeit kommt es in Libyen zu einer der größten Anhäufungen von Kleinwaffen und leichten Waffen der jüngsten Zeit, auch von tragbaren Luftabwehrsystemen (MANPADS) und Lagerbeständen konventioneller Munition. Es dürfte sich um die weltweit größte Anhäufung in einem nichtproduzierenden Land handeln. Aus diesem Land stammende Waffen und Munition wurden in Tunesien, Algerien, Mali, Nigeria, im Tschad, in Ägypten und Syrien identifiziert. Der illegale Waffen-, Drogen- und Migrantenstrom tritt inzwischen gehäuft rund um bestimmte Knotenpunkte in Libyen auf, was nicht nur sozioökonomische sondern auch Sicherheitsauswirkungen hat.

Waffen-, Drogen- und Migrantenschmuggel hängen eng miteinander zusammen und die Verbreitung illegaler Waffen hat allen anderen kriminellen Aktivitäten eine neue Facette hinzugefügt. Ein langjähriges Waffenembargo hat die Zunahme des Handels mit libyschen Waffen nicht verhindert. Der von diesem Land ausgehende Waffenhandel wirkt sich negativ auf den Frieden und die Sicherheit in der Region und in der Welt aus, da mit den herausgeschmuggelten Waffen eine ganze Reihe von aufständischen Bewegungen im Nahen Osten und in Afrika bewaffnet wird.

Angesichts der aktuellen Lage in der Sahelzone und in Nordafrika und der Tatsache, dass die Anhäufung dieser Waffen und Munition grenzüberschreitend ist, liegt der einzige Weg für die internationale Gemeinschaft in der Sicherstellung der Waffen, der Bereitstellung von Kapazitätsaufbau für Grenzschutz und Polizei und einer verstärkten regionalen Zusammenarbeit.

Unter der Führung des Dienstes der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme (UNMAS) prüft die internationale Gemeinschaft bereits die Schaffung eines technischen Rahmenplans, um der libyschen Regierung dabei zu helfen, die Kontrolle der Waffen und Munition in Libyen in den Griff zu bekommen.

Wir sind bereit, Libyen und anderen Staaten bei der Umsetzung ihrer Fähigkeit für Grenzsicherung und Waffenkontrolle Hilfestellung zu leisten.

Frau Vorsitzende,

diesbezüglich können der dimensionenübergreifende Ansatz der OSZE und ihr hochentwickeltes Instrumentarium bestehend aus den Dokumenten der OSZE und ihrer Erfahrung vor Ort in SALW- und SCA-Fragen (Lagerbestände konventioneller Munition), insbesondere den OSZE-Dokumenten zu SALW beziehungsweise SCA sowie den

dazugehörigen Praxisleitfäden, im Einsatz gegen die illegale Verbreitung von Waffen im Mittelmeerraum und für die Sicherung von Waffen- und Munitionslagerstätten äußerst wirksam sein.

Wie die jüngsten Ereignisse leider gezeigt haben, stellt der Terrorismus nach wie vor die größte Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität im 21. Jahrhundert dar. Die Organisation hat im Laufe der Jahre besonderes Gewicht auf das Schließen der Schlupflöcher gelegt, die Terroristen die Beschaffung von SALW und MANPADS ermöglichen. Ich möchte unter anderem insbesondere an drei wichtige Dokumente erinnern: „OSZE-Prinzipien für die Ausfuhrkontrolle von MANPADS“, „OSZE-Prinzipien für die Kontrolle von Vermittlungsgeschäften mit Kleinwaffen und leichten Waffen“ und „Standardelemente von Endabnehmerzertifikaten und Verifikationsverfahren für SALW-Ausfuhren“.

Alle diese Dokumente stellen einen herausragenden Beitrag der OSZE zur aktuellen weltweiten Anstrengung dar, die Verbreitung tödlicher Waffen einzudämmen und zu verhindern, dass sie in die Hände terroristischer und krimineller Organisationen gelangen. Der Grad der Umsetzung dieser Dokumente durch die Teilnehmerstaaten und die Feldmissionen ist höchst bemerkenswert.

In dem auf dem Ministerrat in Basel im vergangenen Dezember gebilligten Ministerratsbeschluss Nr. 10/14 werden die Teilnehmerstaaten ermutigt, Möglichkeiten zu prüfen, wie die Zusammenarbeit mit den OSZE-Kooperationspartnern in Bezug auf SALW und SCA verstärkt werden kann.

Die Förderung von Sicherheit und Stabilität im Mittelmeerraum ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Sicherheit in der OSZE-Region insgesamt und Terrorismus kennt keine Grenzen. Die Sicherheit der Teilnehmerstaaten endet nicht an den Küsten Siziliens. Seien wir bereit, unseren Partnern im Kampf gegen diese schreckliche Bedrohung zur Seite zu stehen.

Frau Vorsitzende, ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

Danke, Frau Vorsitzende.